

Interview Anita Fetz

HEUTE
17.9.2014

Was heute passiert

Inland
Eröffnung der Berufsmeisterschaften Swiss Skills in Bern 2014.

Ausland
US-Präsident Obama besucht in Tampa (Florida) jene Kommandoabteilung der Streitkräfte, die beim anstehenden Schlag gegen die IS-Rebellen in Syrien die Federführung hat.

Sport
Heute Abend stehen die restlichen Partien des ersten Champions-League-Spieltags an. Mit dem Knüller Bayern München - Manchester City.

Frage des Tages

Die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli zahlte die Billag-Gebühren nicht. Darf sie sich das erlauben?

Ja **Nein**

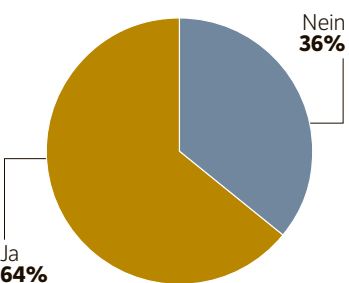
Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

www.aargauerzeitung.ch
www.bzbasel.ch
www.baselandschaftliche.ch
www.solothurnerzeitung.ch
www.grenchnertagblatt.ch
www.limmattalerzeitung.ch

Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Verliert der FC Basel bei Real Madrid – so wie das zu erwarten wäre?



Video des Tages



Unglaublich knapp: Mädchen in Taiwan wird fast von Bus überfahren.

TWEET DES TAGES

Belinda Bencic und Martina Hingis gelingt die gemeinsame Premiere: Beim WTA-Turnier in Tokio gewinnen sie ihr erstes Doppel und ziehen in Runde 2 ein. Für User **FelixSperber** ist das schon genug, um zu einem Superlativ zu greifen:

«Power-Duo, Superrepräsentantinnen für unser Land!»

«Wir lassen uns vom Anti-Stadt-Gelärme nicht provozieren»

Die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP) über die Fusion der beiden Basel, den Finanzausgleich zwischen Stadt und Land und den Verlust des Zusammenhalts in der Schweiz.

VON MATTHIAS ZEHNDER

Frau Fetz, wie stimmen Sie über die Fusionsinitiative der beiden Basel ab?

Anita Fetz: Das werde ich erst in letzter Minute entscheiden. Begeistert bin ich nicht. Es geht mir wie vielen Baslerinnen und Baslern: Die Idee ist nahelegend, aber das Fusionsprojekt kommt technokratisch als Top-Down-Projekt ohne Begeisterungspotenzial daher. Mir kommt ein Satz von Antoine de Saint-Exupéry in den Sinn: «Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.» Diese Sehnsucht fehlt in Basel. Wir haben ganz andere Herausforderungen.

Liessen sich diese Herausforderungen gemeinsam nicht besser lösen? Das kommt auf die Herausforderungen an. Als Ständerätin habe ich eher unsere nationalen Probleme im Blick. Was uns in den nächsten Jahren vor allem beschäftigen wird, ist die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Wenn wir nicht einen neuen Weg finden, werden die Auswirkungen in unserer Region dramatisch sein. Das andere Thema ist die Unternehmenssteuerreform III. Auch hier wird unsere Region massiv betroffen sein, wenn wir nicht einen guten Weg finden. Für beide Anliegen ist es fast besser, wenn in Bern zwei Basler Kantone anklopfen und mitreden, als ein Kanton, der noch nicht geboren ist.

Täuscht der Eindruck, oder hat

sich die Stimmung in der Stadt gegenüber dem Land abgekühlt?

Für einen Teil der Bevölkerung stimmt das. Der Grund sind die heftigen Äusserungen im Baselbiet. Da staunt man doch sehr in Basel, wie die Konservativen auf dem Land zurückfallen ins Jahr 1833. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt das aber nicht so wahr. Ich überhöre die anti-städtischen Worte ebenfalls und sage mir: Die repräsentieren nur einen Teil der Baselbieter Gegner. Ich selbst bin in Basel und Münchenstein aufgewachsen, habe also auch einmal die Kantongrenze überquert. So geht es doch den meisten. Diejenigen, die jetzt so lärmern, mögen vielleicht die Abstimmung gewinnen. Ihre Motive repräsentieren nicht die Mehrheit der Gegner.

Es sind ja auch sehr emotionale Argumente. Wie beurteilen Sie die Vorlage rational?

Ich höre sehr viele Vorbehalte gegen die Fusion auf der technischen Ebene, also nicht gegen die Idee, sondern gegen ihre mögliche Umsetzung. Wenn man sich etwa vorstellt, was Basel als Stadtgemeinde in den innerkantonalen Finanzausgleich zahlen müsste, dann wird einem grad schwarz vor Augen. Auch die Zusammensetzung des Verfassungsrats mit Baselbieter Übermacht ist problematisch: Es bedeutet, dass die beiden Basel nicht auf Augenhöhe gemeinsam Neues erarbeiten. Ich finde es aber gut, dass die Gegner sich in Basel sehr zurückhalten. Es ist nicht nötig, die andere Seite zu beleidigen, wir wollen weiterhin zusammenarbeiten.

Wie reagieren Ihre Kolleginnen und Kollegen im Ständerat auf die

Basler Frage?

Null Interesse. Stadtzürcher und Stadtberner im Nationalrat sagen: Macht das ja nicht, ihr werdet nachher gnadenlos überstimmt. Aber für die Ständeräte ist das kein Thema. Sie interessieren sich zum Glück mehr für den Hafen oder den Flughafen. Entscheidend für die Region ist, wie wir in Bern unsere Anliegen einbringen können. Daran ändert ein gemeinsamer Kanton nichts. Basel-Stadt hat fünf Sitze im Nationalrat, Baselland sieben. Basel-Stadt hat also 2,5 Prozent Einfluss, Baselland 3,5. Diese 6 Prozent werden durch eine Fusion nicht mehr. Im Gegenteil: Es ist ein drücklicher in Bundesbern, wenn zwei Kantonsregierungen auf der Matte stehen.

Ihr Kollege Claude Janiak sieht im Kampf der SVP gegen die Stadt ein Stellvertreterkampf: Das Land lehnt sich gegen die Stadt auf, wie die Schweiz gegen die EU.

Diese Einschätzung teile ich. Ich bin aber der Meinung: Wir sollten den Kampf nicht aufnehmen, sondern ins Leere laufen lassen. Wir wollen ja mit der vernünftigen Mehrheit der Baselbieter Bevölkerung zusammenarbeiten und nicht irgendwelche Stellvertreterauseinandersetzungen führen. Darum überhören wir es auch, wenn die Baselbieter Wirtschaftskammer meint, sie müsse in der Stadt dreinreden, wenn es zum Beispiel um die Osttangente geht. Das nehme ich, wie viele in Basel, jeweils amüsiert als innerbaselbieterisches Aufplustern zur Kenntnis.

Wirtschaftlich gesehen, ist der Fall klar: Die Stadt ist die Lokomotive



«Ich finde es gut, dass die Gegner sich in Basel zurückhalten. Es ist nicht nötig, die andere Seite zu beleidigen, wir wollen weiterhin zusammenarbeiten»: Anita Fetz in ihrem Büro am Rhein in Basel.

KENNETH NARS

der ganzen Region.

Das ist klar, aber ich bedauere es auch, dass es dem Baselbiet nicht stärker gelingt, wirtschaftlich vorwärtszumachen. Wir haben ein gemeinsames Interesse an einer starken Wirtschaftsregion. Als Nachbarin schaue ich manchmal konsterniert auf die Baselbieter Regierung. Wenn man einen Wirtschaftsförderer wählt, der in Bern unter anderer Flagge das Gegenteil dessen macht, was für die Wirtschaft wichtig wäre, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Mir tut es Leid für diesen Kanton und seine Bevölkerung. Das Baselbiet war in den 80er- und 90er-Jahren einer der fortschrittlichsten und innovativsten Kantone der Schweiz in Bezug auf Wirtschaftspolitik und Ökologie. Mittlerweile hat die Stadt das Land überflügelt. Ich weiss nicht, was da passiert ist. Man hat nicht das Gefühl, dass die Regierung eine Vorstellung davon hat, wie sie den Kanton in die Zukunft führen will.

Ist vielleicht das ein grundsätzliches Problem in der Schweiz, dass das Land sich als ländliches Land vorstellt, in Wahrheit aber von den Städten abhängig ist?

Wenn die SVP im Baselland einen Stellvertreterkampf kämpft, dann ist es auch umgekehrt so: Was sich in der Region abspielt, kann man auf die ganze Schweiz umlegen. In der Stadt hat man kommende Probleme jeweils früh wahrgenommen. Wir stellen ein politisches Auseinanderdriften von Stadt und Land fest. Das kann man bedauern, aber man muss es nüchtern feststellen. In der Schweiz hatten Bauern oft politisch viel Einfluss, weil viele Schweizer bäuerliche Vorfahren

haben und sich damit noch verbunden fühlen. Aber mit dieser mentalen Haltung kann man ein Land im 21. Jahrhundert nicht in die Zukunft führen. Das Drama der Schweiz ist, dass die konservativen, eher rückwärtsge wandten Kräfte strukturell in der Mehrheit sind, weil wir unser Staatswesen im 19. Jahrhundert gebildet haben. Die grossen Städte sind zwar die Wirtschaftsmotoren, sie bringen Wirtschaftsförderung und Innovation und finanzieren die Schweiz, aber sie haben nirgends eine Mehrheit.

Über den Finanzausgleich wird viel Geld von den Städten aufs Land umgelagert, national von Zürich Genf und Basel in die ländlichen Gebiete, regional von der Agglomeration ins Oberbaselbiet.

Von 26 Kantonen in der Schweiz sind 9 Geberkantone. Es gibt also 17 Nehmerkantone. Wir Geber versuchen jetzt seit zehn Jahren auf Bundesebene, den Nationalen Finanzausgleich gerechter zu gestalten. Die Nehmerkantone realisieren immer noch nicht, dass die Bevölkerung in den Geberkantonen es langsam merkt, wie viel Geld verschoben wird. Vertreter der Nehmer verlangen immer Verständnis für ihre existenziellen Probleme. Das respektiere ich, es will ja auch niemand den Finanzausgleich abschaffen. Aber umgekehrt funktioniert die Wahrnehmung: Die ländliche Schweiz wird von der SVP instrumentalisiert, um gegen die Städte zu arbeiten. Das ist gefährlich.

Gefährlich, weil es die Schweiz auseinanderzreissen droht? Unser Erfolgsmodell in der vielfältigen Schweiz war, den Ausgleich zu schaf-

fen zwischen den Regionen, den Religionen, den Sprachen, zwischen den Wohlhabenden und den weniger Wohlhabenden. Bis vor zehn Jahren war es noch normal, dass man versucht hat, auch Anliegen der Minderheit zu integrieren. Heute gehen wir auf eine Ego-Schweiz zu - auf Kosten des Zusammenhalts. Wenn wir bei der «Schweiz AG» landen, dann gibt es die Schweiz nicht mehr. Dann verlieren alle, auch die ländlichen Regionen. Wenn die städtischen Regionen radikal in Richtung Eigeninteressen denken würden, dann könnte der Plan B der Masseneinwanderungsinitiative sein, dass Basel-Stadt die Umsetzung ignoriert. Es gibt immer wieder Beispiele von Kantonen, die Gesetze einfach nicht umsetzen. Nicht dass ich das fordere, aber es ist denkbar, weil je nach Ausgestaltung die Umsetzung der Initiative den wirtschaftlichen Untergang bedeuten würde.

Die Grundwerte der Schweiz waren lange gemeinsamer Konsens. Sie wurden nicht angegriffen. Das ist heute nicht mehr der Fall: Humanitäre Tradition, Menschenrechte und Rücksicht auf Minderheiten stehen im scharfen Gegenwind. Werden die Zentrifugalkräfte zu stark, kann die Schweiz auseinanderbrechen. Dazu gehört auch, dass man den Wirtschaftsregionen mehr Anerkennung abschaffen. Aber umgekehrt funktioniert die Wahrnehmung: Die ländliche Schweiz wird von der SVP instrumentalisiert, um gegen die Städte zu arbeiten. Das ist gefährlich.

Wenn Basel für sich selbst schaut, dann wäre das Resultat eine Art Hongkongisierung von Basel?

Ja, aber das würde mir nicht gefallen.

Im Moment sind ohnehin alle daran, sich den Kopf zu zerbrechen, wie man die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen soll. Mit wem ich auch rede, die Unsicherheit ist gross. Jeder hat zwar seine Spezialidee, aber es gibt keinen Masterplan. Man muss es aushalten, dass der Bundesrat erst Ende Jahr seinen Vorschlag bringt. Niemand weiss, was da kommt. Aber es muss klar sein: Die Umsetzung muss so gestaltet sein, dass die Wirtschaftszentren damit leben können. Der Vorschlag muss die Rettung der Bilateralen beinhalten. Wir brauchen in Basel die wirtschaftliche Kooperation mit dem Umland und die Grenzgänger. Im zugegeben sehr unwahrscheinlichen Extremfall pendeln wir in zehn Jahren alle ins Badische oder ins Elsass. Das kann es ja nicht sein.

Die SVP sagt: Das Volk hat ja gesagt zu ihrer Initiative. Punktum.

Dabei geht aber vergessen, dass es eine sehr knappe Annahme war und die grösseren Städte deutlich abgelehnt haben. Vor der Abstimmung hat der Präsident der SVP in seiner Abstimmungszeitung beteuert, dass sich die Initiative nicht gegen die Bilateralen richte. Nach der Abstimmung ist die SVP unter Führung von Christoph Blocher daran, die Bilateralen zu zertrümmern. Da sind die Leute doch brandschwarz angelogen worden. Es ist gut möglich, dass wir am Ende über die Bilateralen nochmals abstimmen müssen. Auch mit Folgen auf die knapp angenommene SVP-Initiative.

Laut Blocher braucht die Schweiz die Bilateralen nicht.

Nach dem EWR-Nein 1992 hatte die Schweiz zehn Jahre Rezession. Das

waren die wirtschaftlich schwierigsten Jahre der Schweiz mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Zehn Jahre lang hat unser Land stagniert. Erst als die Bilateralen 2002 ausgehandelt waren und 2004 in Kraft traten, änderte sich die wirtschaftliche Situation. Seither geht es wieder aufwärts. Um die Bilateralen mit 15 EU-Ländern zu verhandeln, brauchte es damals sieben Jahre. Heute gibt uns die SVP drei Jahre, um mit 28 Ländern zu verhandeln! Abgeschottete Grenzen wären gerade für Basel fatal. Vor ein paar Jahren haben die deutschen Grenzwächter bei Riehen und Weil Dienst nach Vorschrift gemacht und die Grenzen schärfer kontrolliert. Das Resultat war katastrophal: Die süddeutsche Wirtschaft litt und bei uns brauchten Pendler Stunden bis an ihren Arbeitsplatz. Das ist für mich das beste Beispiel dafür, was es für unsere Region heissen würde, die Schweiz abzuschotten.

Kehren wir zur Fusion der beiden Basel zurück - was passiert, wenn die Fusion abgelehnt wird?

Dann machen wir ganz nüchtern weiter mit der Zusammenarbeit und lassen uns nicht provozieren von dem SVP-Anti-Stadt-Gelärme. Die Mehrheit der Baselbieter Bevölkerung ist nicht so. Wir haben ein Interesse, die Region gemeinsam voranzubringen.

Und Sie persönlich? Treten Sie 2015 noch einmal an?

Ich stelle mich noch einmal zur Verfügung. Wir haben in der SP eine Amtszeitbeschränkung auf zwölf Jahre, die um vier Jahre verlängert werden kann. Das hängt von der Parteibasis ab. Wenn die Basis zustimmt, mache ich gerne mit Lust und Verve weiter.

ZUR PERSON

Anita Fetz

1957 in Basel geboren, hat Anita Fetz Geschichtswissenschaften studiert. 1984 bis 1989 war sie Mitglied des Grossen Rats und 1985 bis 1989 Mitglied des Nationalrats für die Poch, die Progressiven Organisationen der Schweiz. 1995 trat sie der SP bei und war von 1997 bis 2004 erneut Grossrätin und von den Wahlen 1999 bis 2003 erneut Nationalrätin. Seit den Wahlen 2003 ist sie Ständerätin des Kantons Basel-Stadt. Beruflich arbeitet sie als selbstständige Unternehmensberaterin in Basel.